



Nr. 306 | 21.02.2023

Polen-Analysen

Polen und der Globale Osten

■ ANALYSE		
Polen und der Globale Osten		2
Bastian Sendhardt, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt/Büro Berlin		
■ DOKUMENTATION		
Das Außenministerium der Republik Polen: Die Visegrád-Gruppe		6
Das Außenministerium der Republik Polen: Drei-Meere-Initiative		6
■ CHRONIK		
07. – 20. Februar 2023		7

Polen und der Globale Osten

Bastian Sendhardt, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt/Büro Berlin

DOI: 10.31205/PA.306.01

Zusammenfassung

2020 erschien in der internationalen Fachzeitschrift *Geopolitics* ein Beitrag des Geografen und Stadtforschers Martin Müller unter dem programmatischen Titel *In Search of the Global East: Thinking between North and South*. In dem an ein interdisziplinäres Publikum gerichteten Artikel geht Müller von der These aus, dass der Osten mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa 1989 allmählich in einem »schwarzen Loch« zu verschwinden begann, das sich in einer neuen bipolaren Welt zwischen einem Globalen Norden und einem Globalen Süden auftat. Mit dem Projekt des Globalen Ostens strebt Müller eine Neuverortung des Ostens an, um die Region wieder sichtbar zu machen und ihr eine Stimme zu geben.

Im vorliegenden Beitrag skizziere ich das Projekt des Globalen Ostens in seinen zentralen Elementen (siehe Literaturangaben am Ende des Textes) und frage danach, inwiefern das Konzept hilfreich für die Beschäftigung mit Polen ist. Während der Fokus auf den Globalen Osten als *tertium quid* zwischen Norden und Süden eine geeignete Perspektive für ein besseres Verständnis Polens bereithält, stößt insbesondere Müllers Vorschlag, das Konzept des Globalen Ostens als »strategischen Essentialismus« (Spivak) in Anschlag zu bringen, gerade im Falle Polens auf erheblichen Widerstand. Wie ich gleichwohl aufzeige, bilden die berechtigten Bedenken gegen einen solchen Essentialismus kein Ausschlusskriterium per se. Schließlich argumentiere ich, dass gerade der globale Charakter von Müllers Projekt geeignet ist, die Beschäftigung mit Polen auf ein neues Niveau zu heben, da auf diese Weise die globale Verflochtenheit der Region angemessen reflektiert wird. Müllers Projekt verfolgt insgesamt einen zweifachen Ansatz: Es ist einerseits emanzipatorisch, weil es um eine größere Sichtbarkeit des Ostens, seiner Bevölkerung sowie seiner Wissenschaftler:innen und Intellektuellen bemüht ist. Andererseits ist der Globale Osten auch ein epistemologisches Projekt, das die Spezifika des Ostens mit einer globalen Perspektive verbindet.

Dazwischensein: der Globale Osten zwischen Nord und Süd

Das Projekt der Neuverortung des Ostens beginnt mit der Feststellung seiner Abwesenheit. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben verschiedene Perspektiven unseren Blick auf die Welt geprägt. So war die Periode des Kalten Kriegs einerseits von einer bipolaren Sicht auf die Welt charakterisiert, in der sich ein kapitalistischer Westen und ein sozialistischer Osten gegenüberstanden. Andererseits entwickelte sich in dieser Zeit das Konzept einer politisch-ökonomischen Unterteilung in eine Erste, Zweite und Dritte Welt. Mit dem Zusam-

menbruch des Sozialismus in Europa 1989–91 verloren die genannten Konzepte jedoch an Prägekraft und machten allmählich Platz für eine bis heute dominierende Aufteilung der Welt in einen Globalen Norden und einen Globalen Süden.

Diese Aufteilung der Welt in einen reicheren, mächtigeren, besser entwickelten Norden und einen ärmeren, schwächeren und weniger entwickelten Süden bildet in zunehmendem Maße das epistemologische Fundament, auf dem unser Wissen von der Welt basiert, vor allem in der Wissenschaft und im NGO-Bereich. Bei dieser Nord-Süd-Binarität der Welt handelt es sich Müller zufolge um ein »vorrangig politisches und epistemologisches Projekt« mit emanzipatorischem Charakter. Im Zentrum stehen dabei eine Infragestellung der scheinbar selbstverständlichen Dominanz der von universalistischen und eurozentristischen Perspektiven geprägten Wissensproduktion des Nordens und deren Konterkarieren mit bislang wenig beachteten Wissenspraktiken des Südens. Die Idee des Globalen Südens ist somit »elementarer Bestandteil des postkolonialen Projekts, den Subalternen eine Stimme zu geben« (Müller, S. 735).

Der Osten erfährt dabei jedoch eine »zweifache Exklusion« (Müller S. 736), da er weder Teil des Nordens noch Teil des Südens ist: Er ist zu arm, zu wenig einflussreich, um vollständig in der Kategorie des Globalen Nordens aufzugehen, gleichzeitig aber zu wohlhabend und zu einflussreich, um dem Globalen Süden zugerechnet zu werden.

Aus Sicht des Nordens, insbesondere des westlichen Europa, gehört der Osten dazu, aber eben nicht ganz. Einige Länder des Ostens sind zwar Teil der Europäischen Union, empfinden sich häufig trotzdem nicht als gleichwertige Mitglieder. Der Osten bleibt das Andere Westeuropas.

Allerdings gehört der Osten auch nicht zum Globalen Süden. Er mag Elemente der Subalternität aufweisen, aber er ist nicht subaltern genug. Er mag selbst das Objekt

kolonialer Projekte gewesen sein, nicht jedoch im gleichen Maße wie die Länder des Globalen Südens. Er mag sich bisweilen als peripher empfinden, ist aber zugleich Teil des Zentrums. Letztlich ist der Osten zu europäisch, um als Teil des Globalen Südens gelten zu können.

Es ist eben jenes »Dazwischensein« (*in-betweenness*), das den Osten maßgeblich charakterisiert. Dieses Dazwischensein hat bereits Larry Wolff in seinem wegweisenden Werk *Inventing Eastern Europe* (1996) aufgegriffen. Er sieht die »Konstruktion Osteuropas als Paradox der gleichzeitigen Inklusion und Exklusion – es ist Europa und doch nicht. Das östliche Europa definierte dagegen das westliche Europa, so wie der Orient das Abendland definierte, aber es wurde auch dazu gebracht, zwischen Europa und dem Orient zu vermitteln. Man könnte die Erfindung Osteuropas als ein intellektuelles Projekt der Halborientalisierung beschreiben« (S. 7). Die Abwesenheit des Ostens in zahlreichen wissenschaftlichen und politischen Debatten ist dabei nicht das Ergebnis bewusster Exklusion, sondern darin begründet, dass »der Osten nicht in den Rahmen passt, durch den wir das Globale denken« (Müller, S. 740 f.). Was den Globalen Osten als Konzept zusammenhält, sind demnach weniger gemeinsame kulturelle Traditionen, wirtschaftliche Verflechtungen, seine politische Einheit oder die gemeinsame historische Erfahrung des Sozialismus, sondern vielmehr »das geteilte Gefühl der gleichzeitigen Differenz und Ähnlichkeit zu einem amorphen Europa« (Müller, S. 738).

Dieses Dazwischensein scheint auch die Position Polens in der Welt in vielerlei Hinsicht treffend zu beschreiben. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa gingen viele Beobachter:innen davon aus, dass postsozialistische Staaten wie Polen mit dem Übergang zum Kapitalismus allmählich Teil des Globalen Nordens werden würden. Doch auch nach über dreißig Jahren Transformation ist dieser Prozess noch immer nicht abgeschlossen, weder in Hinblick auf das Wohlstandsniveau noch bezüglich der Stabilität von Institutionen. Polen ist ein Land, das in den letzten Jahrzehnten einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung erlebt hat, gleichzeitig aber immer noch weit von dem westeuropäischen Wohlstandsniveau entfernt ist. Stattdessen ist eine Mischung aus sozialistischem Erbe, neoliberalen Kapitalismus und patrimonialen Praktiken aus der Zwischenkriegszeit entstanden, die neben Polen auch in anderen Staaten der Region zu beobachten ist (Müller, S. 739). »Sie mögen Mitglieder der EU sein, sogar Länder mit hohem Einkommen, aber sie gehören trotzdem nicht ganz zum Club. Man denke nur an Polen« (Müller, S. 740). Zwar ist das Land seit bald zwanzig Jahren Mitglied der Europäischen Union, fühlt sich aber bisweilen als bloßer Empfänger von Politiken, die in Brüssel erarbeitet wurden und den eigenen nationalen Interessen zu widersprechen scheinen.

Doch auch den Ländern des Globalen Südens wird Polen nicht zugerechnet. Zwar fungieren Länder des Ostens wie Polen gegenüber dem westlichen Europa bisweilen als das Andere, was Wolff mit seinem Begriff der Halborientalisierung aufgreift. Aber es ist eben nur ein unvollständiges, halbes *Othering*. Häufig greift zwar die polnische Politik, seit einiger Zeit bisweilen auch die (polnische) Wissenschaft Argumente der Postkolonialismusedebatte in Zusammenhang mit Polen auf. Gleichzeitig sind Länder wie Polen aber nicht in den »Emanzipationskampf« des Südens einbezogen (Müller, S. 739). Zudem steht Polen in einem durchaus ambivalenten Verhältnis zum (Post-)Kolonialismus, in dem Erfahrungen der eigenen Kolonialisierung solchen der polnischen Kolonialisierung anderer Völker gegenüberstehen (vgl. Grzechnik).

Der Globale Osten als strategischer Essentialismus

Neben der Neuverortung des Globalen Ostens im Zwischenraum zwischen Norden und Süden verfolgt Müller das politische Projekt, dem Osten wieder eine Stimme zu geben (Müller, S. 737). Zu diesem Zweck schlägt er vor, den Globalen Osten als strategischen Essentialismus einzusetzen, also als politische Taktik zur Mobilisierung eigentlich heterogener marginalisierter Gruppen, die sich unter einem gemeinsamen Banner für ein emanzipatorisches politisches Projekt zusammenschließen (Müller, S. 744). Damit empfiehlt Müller den Gesellschaften des marginalisierten Ostens, eine Taktik zu übernehmen, die bereits im Globalen Süden durchaus erfolgreich angewendet wurde, und dies rät er trotz, vielleicht auch gerade wegen der offensichtlichen Unterschiede zwischen den Staaten des postsozialistischen Raums.

Aber Müller geht sogar noch einen Schritt weiter und möchte den Begriff des Globalen Ostens nicht auf die Region des früheren Ostblocks beschränkt wissen. Stattdessen fordert er, den Osten als »multiple Osten« (*multiple Easts*) im Plural zu denken, also nicht als rein geografisch abgesteckte Region, sondern als »epistemologische Kategorie«, die im Prinzip für alle Gesellschaften offen ist, die sich weder im Globalen Norden noch im Globalen Süden verorten lassen (Müller, S. 743).

Am Beispiel Polens lässt sich das emanzipatorische Potential des Globalen Ostens aufzeigen, aber auch der Widerstand, auf den der strategische Essentialismus des Projekts stößt. So bezeichnet etwa der Soziologe Tomasz Zarycki den Globalen Osten als »eine wichtige, höchst anregende intellektuelle Idee, die aber gleichzeitig politisch oder auch praktisch kaum umsetzbar ist.« Das Konzept des Globalen Ostens werfe für Länder wie Polen unweigerlich die Frage nach der »Zugehörigkeit zu Europa oder zum Westen« auf. Und so sei die Idee, Polen als Teil des Globalen Ostens zu betrachten, zwar

aus analytischer Perspektive überzeugend, aber gerade die Vorstellung, Polen könnte in einen Topf mit Staaten wie Russland geworfen werden, sei für weite Teile der intellektuellen und sozialwissenschaftlichen Szene in Polen schlicht inakzeptabel (Zarycki, S. 202 f.).

Auch der Soziologe Jan Sowa äußerst ernsthafte Bedenken, was die Stabilität des Globalen Ostens als eine Kategorie betrifft, die derart unterschiedliche Länder wie etwa Polen und Russland zu fassen versucht. Gleichzeitig konstatiert Sowa eine gewisse Vergeblichkeit mit Blick auf die Versuche Polens, Teil des Westens bzw. des Globalen Nordens zu werden. Polen habe nach 1989 eine wirtschaftliche Schocktherapie durchlaufen, seine Institutionen reformiert, den oftmals demütigenden EU-Beitrittsprozess durchgemacht und schließlich beachtliche makroökonomische Erfolge erzielt (Sowa, S. 185 f.). Die gesamte Transformationsleistung Polens erscheint aus dieser Perspektive als der letztlich vergebliche Versuch, durch Anpassung und Nachahmung westlicher Standards Teil des Westens zu werden (vgl. Krastev und Holmes) – vergeblich deshalb, weil Polen nie die gewünschte Anerkennung des Westens erhalten habe (vgl. Sowa) und bisweilen selbst mit Geringschätzung auf die eigene Entwicklung blicke (vgl. Leszczyński).

Diese gewichtigen Einwände lassen auf den ersten Blick das Etikett des Globalen Ostens für Polen ungeeignet erscheinen. Zu groß erscheinen die Differenzen gerade zwischen Ländern wie Polen und Russland, als dass ein strategischer Essentialismus hier als realistische Option erscheinen könnte. Doch vielleicht sollten wir nicht vorschnell Form und Inhalt in eins fallen lassen. Denn gerade die polnische Politik scheint insbesondere seit der Regierungsübernahme durch die Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) im Jahr 2015 durchaus eine politische Taktik zu verfolgen, die sich als strategischer Essentialismus bezeichnen ließe. Dieser bezieht sich allerdings nicht auf den gesamten postsozialistischen Raum, sondern auf Staaten zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer, die sich in der von Polen initiierten Drei-Meere- bzw. Intermarium-Initiative zusammengeschlossen haben (vgl. Lang). Weitere regionale Initiativen mit polnischer Beteiligung umfassen etwa die seitens der polnischen Regierung reaktivierte Visegrád-Gruppe sowie das erst kürzlich ins Leben gerufene Riga-Format, dem neben Polen Estland, Lettland und Litauen angehören.

Ziel dieser verschiedenen Initiativen ist es, den teilnehmenden Staaten eine gemeinsame Stimme zu geben, gerade auch gegenüber einem – aus polnischer Sicht – von Deutschland und Frankreich dominierten Westeuropa. Somit zeigt sich in den erwähnten Formaten eben jener strategische Essentialismus, den Müller in seinem emanzipatorischen Projekt des Globalen Ostens fordert. Der Ausweitung des russischen Kriegs gegen die Ukraine

kommt in dieser Hinsicht zentrale Bedeutung zu. Zum einen, da auf absehbare Zeit die Vorstellung eines Globalen Ostens unter Einschluss Russlands als strategischer Essentialismus illusorisch erscheinen muss. Zum anderen, da die Bedeutung der Region zwischen den drei Meeren in nächster Zukunft weiterhin wachsen dürfte.

Dies muss nicht zwangsläufig als Argument gegen die Idee des Globalen Ostens als politischer Taktik im Sinne eines strategischen Essentialismus verstanden werden. Denn nimmt man Müllers Idee der multiplen Osten im Plural als epistemologische Kategorie ernst, dann kann sich der Osten nicht nur über den postsozialistischen Raum hinaus erstrecken, sondern auch kleinere Teile dieses Raums erfassen, etwa im Sinne eines globalen Ostmitteleuropa.

Ein Konzept von Welt: der *Globale Osten*

Wie zu Beginn des Beitrags erwähnt, zeichnet sich der Osten gerade durch sein Dazwischensein aus, durch seine Differenz zu den Konzepten des Globalen Nordens und des Globalen Südens. Und doch hat der Osten etwas Entscheidendes mit dem Norden und dem Süden gemein. Der Osten ist ein Konzept *von Welt*. Ebenso wie der Norden und der Süden ist auch der Osten in globale Beziehungen verwickelt und fest mit der Welt verbunden: Er ist ein *Globaler Osten*.

Die Globalität des Ostens ist auch für die Beschäftigung mit Polen relevant, weist sie doch auf die Notwendigkeit hin, den spezifischen Polenfokus in einen transnationalen bzw. globalen Kontext einzubetten, Polen also *global* zu betrachten. Wie Müller erklärt, betont das Konzept des Globalen Ostens die Bedeutung des Ortes, ohne diesen als erkenntnistheoretischen Wissensrahmen zu verabsolutieren: »Der Ort, an dem etwas geschieht, macht einen Unterschied, aber er macht nicht den ganzen Unterschied aus« (Müller, S. 748). Es ist wichtig, diese Gleichzeitigkeit der lokalen Spezifik und der Einbettung des Ortes in globale Zusammenhänge bei der Beschäftigung mit einem Land wie Polen gedanklich stets mitlaufen zu lassen. Die Überschrift eines solchen Ansatzes könnte »Polen global« lauten, ein Ansatz, der sich fokussiert auf »Polen in der Welt« und »die Welt in Polen«. Mit anderen Worten: Das, was anderswo auf der Welt geschieht, geschieht auch in Polen, und zwar auf lokal spezifische Weise, und ebenso wie andere Länder und Regionen sich transnational und global auswirken, tut dies auch Polen auf spezifische Weise. Dabei ist der Fokus auf Polen wichtig als Exemplifizierung grenzüberschreitender, überregionaler, globaler Phänomene.

Hier ist vor allem an die mannigfaltigen Verflechtungen Polens mit der globalen Wirtschaft zu denken, die gerade in jenen Momenten sichtbar werden, in denen die globalen Ströme des Handels und der Lieferketten zum Stillstand kommen, wie es etwa zu Beginn

der COVID-19-Pandemie der Fall war. Die Globalität Polens manifestiert sich aber ebenso in der über alle Kontinente der Erde verstreuten polnischen Diaspora, die auf bis zu 20 Millionen Menschen geschätzt wird und zu der die polnische Regierung in den vergangenen Jahren intensive Beziehungen aufgebaut hat. Sie zeigt sich aktuell auch im Kontext des russischen Kriegs gegen die Ukraine, in dem Polen zum zentralen Drehkreuz für die weltweite Lieferung von militärischer und humanitärer Unterstützung für die Ukraine geworden ist.

Fazit

Ist der Globale Osten ein epistemisches und intellektuelles Projekt, das es wert ist, verfolgt zu werden? Wird es Ideen hervorbringen, Debatten anregen und Raum schaffen für neue Stimmen (vgl. Müller, *Global Theory*, S. 204)? Auch wenn das Konzept in Bezug auf Polen nicht immer passgenau ist, liefert es doch wertvolle Perspektiven, die über den Blick des Globalen Nordens auf Polen als defizitäres Land hinausgehen, gleichzeitig aber

auch die Perspektive des Südens auf das Land als etablierten Bestandteil des Westens in Frage stellen. Spätestens seit dem russischen Krieg gegen die Ukraine wird zudem deutlich, dass es sinnvoll ist, länderspezifische Expertise in der Region stärker als bisher zu bündeln und aufeinander zu beziehen. Um ein Land wie Polen zu verstehen, ist es äußerst hilfreich, Expertise etwa zur Ukraine, zu Belarus oder Litauen ebenfalls heranzuziehen. Und der Fokus auf die globale Vernetztheit von Ländern wie Polen hilft, einem wissenschaftlichen Solipsismus vorzubeugen, wie er in den Area Studies bisweilen anzutreffen ist.

Bislang ist das Konzept des Globalen Ostens lediglich in der polnischen und der russischen Wissenschaft breiter rezipiert worden. In Bezug auf Polen wäre es jedoch interessant zu erfahren, wie polnische Denker aus dem konservativen Spektrum das Konzept einschätzen – und ob es auch in der deutschen Wissenschaft sowie den Ländern Ostmitteleuropas Resonanz zu erzeugen vermag.

Dieser Artikel ist eine Vorveröffentlichung aus dem »Jahrbuch Polen 2023: Osten« (hrsg. vom Deutschen Polen-Institut, Darmstadt), das im April 2023 erscheint.

Über den Autor

Bastian Sendhardt studierte Politikwissenschaft und Philosophie in Erlangen, Bielefeld und Krakau. Er ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen-Institut, Darmstadt (Büro Berlin) tätig. Zuvor arbeitete er für das Warschauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung und das Aleksanteri-Institut für Russland- und Osteuropastudien. Daneben nahm er Lehraufträge an der Universität der Bundeswehr München und der Universität Helsinki wahr.

Lesetipps/Bibliographie

- Grzechnik, Marta: The Missing Second World. On Poland and Postcolonial Studies. In: INTERVENTIONS 21 (2019), S. 998–1014.
- Krastev, Ivan; Holmes, Stephen: The light that failed. A reckoning, London 2019.
- Lang, Kai-Olaf: Die Drei-Meere-Initiative: wirtschaftliche Zusammenarbeit in geostrategischem Kontext, Berlin 2021 [= SWP-Aktuell, A 16].
- Leszczyński, Adam: Martin Müller's »Global East«. The Next Episode in Central Europe's Failed Quest to Be Something Other than it Is. In: PRAKTYKA TEORETYCZNA 38 (2020), S. 213–223.
- Müller, Martin: Global Theory Does Not Believe in Tears. In: PRAKTYKA TEORETYCZNA 38 (2020), S. 202–213.
- Müller, Martin: In Search of the Global East. Thinking between North and South. In: GEOPOLITICS 25 (2020), S. 734–755.
- Sowa, Jan: The Essentialist Masturbation. Can the Global East Get any Satisfaction? In: PRAKTYKA TEORETYCZNA 38 (2020), S. 181–189.
- Spivak, Gayatri C.: Subaltern studies: Deconstructing historiography. In: Ranajit Guha, Gayatri C. Spivak (Hrsg.): Selected subaltern studies. New York, Oxford 1988, S. 3–32.
- Szcześniak, Magda: Fake it Till You Make it. The Trouble with the Global East Category. In: PRAKTYKA TEORETYCZNA 38 (2020), S. 171–179.
- Zarycki, Tomasz: Comments on Martin Müller's »In Search of the Global East. Thinking Between North and South«. In: PRAKTYKA TEORETYCZNA 38 (2020), S. 201–211.

Das Außenministerium der Republik Polen: Die Visegrád-Gruppe

Die Visegrád-Gruppe (V4) ist ein informelles regionales Format der Zusammenarbeit von vier mitteleuropäischen Staaten – Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn –, die nicht nur ihre Nachbarschaft und ähnliche geopolitische Bedingungen verbinden, sondern vor allem die gemeinsame Geschichte, Tradition, Kultur und Werte. Die Idee, die Gruppe zu gründen, war die Intensivierung der Zusammenarbeit beim Aufbau demokratischer staatlicher Strukturen und der freien Marktwirtschaft sowie auf längere Sicht die Teilnahme am Prozess der europäischen Integration. Gründungsdatum ist der 15. Februar 1991, als die Präsidenten Polens, Lech Wałęsa, und der Tschechoslowakei, Vacláv Havel, sowie der Ministerpräsident Ungarns, József Antall, in der ungarischen Stadt Visegrád eine gemeinsame Erklärung zu den Zielen und Bedingungen der gegenseitigen Zusammenarbeit unterzeichneten.

Seit dem Jahr 2004 sind alle Länder der V4 Mitglieder der Europäischen Union. Die Visegrád-Gruppe stellt ein Forum für Erfahrungsaustausch sowie für die Ausarbeitung gemeinsamer Stellungnahmen zu Fragen, die für die Zukunft der Region und der EU wesentliche Bedeutung haben, dar.

Abgesehen von europäischen Fragen konzentriert sich die Zusammenarbeit im Rahmen der V4 vor allem auf mitteleuropäische Themen, den Informationsaustausch sowie die Kooperation im Bereich der Kultur, Wissenschaft, Bildung und des Jugendaustausches. Vorrangige Felder der Zusammenarbeit sind der Ausbau der Transportinfrastruktur sowie die Stärkung der Energiesicherheit in der Region. Es besteht außerdem ein Kooperationsmechanismus mit Drittländern im Format »V4+«.

An der Zusammenarbeit der Visegrád-Gruppe sind zahlreiche unterschiedliche Akteure beteiligt, Präsidenten, Ministerpräsidenten, Minister, Parlamente, Regierungsinstitutionen, Nichtregierungsorganisationen, wissenschaftliche Einrichtungen, Hochschulen und Kulturinstitute.

Die einzige vollständig institutionalisierte Form der Zusammenarbeit in den V4 ist der Internationale Visegrád-Fonds mit Sitz in Bratislava.

Der Vorsitz der Visegrád-Gruppe wird nach dem Rotationsprinzip für die Dauer eines Jahres ausgeübt; das Programm wird von den Ministerpräsidenten der Visegrád-Gruppe festgelegt.

[...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej [Außenministerium der Republik Polen]: Grupa Wyszehradzka [Die Visegrád-Gruppe]. <https://www.gov.pl/web/dyplomacja/grupa-wyszehradzka> (abgerufen am 15.02.2023).

Das Außenministerium der Republik Polen: Drei-Meere-Initiative

Die Drei-Meere-Initiative dient der Intensivierung der Verflechtungen in der Region Mitteleuropa im weiteren Sinne (zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer). Sie bilden die dauerhafte Basis für die wirtschaftliche Entwicklung im Bereich Energie, Transport, digitale Kommunikation und wirtschaftliche Beziehungen.

Die Drei-Meere-Initiative wurde als Forum der Zusammenarbeit von zwölf Staaten gegründet: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Der Raum der Staaten, die zu der Initiative gehören, umfasst fast ein Drittel der Gesamtfläche der Europäischen Union. Hier leben mehr als 112 Millionen Menschen. Die Region verzeichnet ein stabiles Wirtschaftswachstum und eine mäßige Arbeitslosenquote.

Priorität hat für die Drei-Meere-Initiative der Aufbau einer kohärenten und gut vernetzten Infrastruktur in Mitteleuropa, die es ermöglicht, die infolge historischer Ereignisse eingetretenen Entwicklungsverzögerungen aufzuholen. Auf diese Weise werden die infrastrukturellen und wirtschaftlichen Ungleichheiten des gemeinsamen europäischen Marktes reduziert, was der Einteilung der EU in geringer und stärker entwickelte Räume entgegenwirkt. Der wichtigste Mehrwert der Initiative ist es, politische Unterstützung auf höchster staatlicher Ebene für Investitionen zu gewähren, die bisher ein vernachlässigter Bereich der Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Region Mitteleuropa geblieben sind. Die Drei-Meere-Initiative hat daher einen proeuropäischen und ergänzenden Charakter gegenüber den bestehenden Formaten der regionalen Zusammenarbeit.

Das erste Treffen der Initiative fand am 29. September 2015 in New York statt und der Erste formelle Gipfel am 25. August 2016 in Dubrovnik. Seine Teilnehmer verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich darauf verständigten, dass die Zusammenarbeit im Bereich Adria-Ostsee-Schwarzes Meer sowohl EU-intern als auch in transatlantischer Perspektive wiederbelebt werden muss, »allerdings ohne parallele Strukturen zu den existierenden Kooperationsmechanismen zu schaffen«. Die Länder unterstützten die Drei-Meere-Initiative als »informelle Plattform«, um Unterstützung für Projekte in Mitteleuropa und Osteuropa in den Bereichen Energie, Transport, Kommunikation, Digitalisierung und Wirtschaft zu erhalten.

Der Zweite Gipfel der Drei-Meere-Initiative fand vom 6. bis 7. Juli 2017 in Warschau statt. Gemeinsame Gastgeber waren der Präsident Polens, Andrzej Duda, und die Präsidentin Kroatiens, Kolinda Grabar-Kitarović, besonderer Gast war der US-amerikanische Präsident Donald Trump. Eine Begleitveranstaltung war das Global Forum, ein Treffen von Regierungs-, Unternehmens- und Medienvertretern sowie führenden Experten, die sich mit Fragen der europäisch-transatlantischen Beziehungen beschäftigen.

Der Dritte Gipfel der Drei-Meere-Initiative fand vom 17. bis 18. September 2018 in Bukarest statt. Seine Teilnehmer verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung, dass die Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft und Unternehmen im Rahmen der Initiative ausgeweitet wird. Dem sollen drei auf dem Dritten Gipfel erreichte Ziele dienen: die Unterzeichnung der Erklärung, ein Netzwerk der Wirtschaftskammern der Drei-Meere-Region aufzubauen, die Unterzeichnung einer Absichtserklärung für die Schaffung des Drei-Meere-Fonds sowie die Verabschiedung einer Projekt-Prioritätenliste der Initiative. An dem Dritten Gipfel in Bukarest nahmen außer höchsten Vertretern der zwölf Staaten auch der Energieminister der USA, Rick Perry, der deutsche Außenminister Heiko Maas, der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker sowie die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Crețu, teil.

Der Vierte Gipfel der Drei-Meere-Initiative fand in der Hauptstadt Sloweniens vom 5. bis 6. Juni 2019 statt, zu den Teilnehmern gehörten u. a. der deutsche Bundespräsident, der Präsident der Europäischen Kommission, der US-Energieminister sowie Partner aus Großbritannien, den Balkanstaaten und der Östlichen Partnerschaft. Während des Gipfels wurde eine Erklärung zur formalen Bestätigung der Registrierung des Investitionsfonds der Drei-Meere-Initiative verabschiedet, dessen Vorstand Vertreter polnischer, rumänischer und tschechischer Institutionen angehören. [...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej [Außenministerium der Republik Polen]: Trójmorze [Die Drei-Meere-Initiative]. <https://www.gov.pl/web/dyplomacja/trojmorze> (abgerufen am 15.02.2023).

CHRONIK

07. – 20. Februar 2023

07.02.2023	Der Rat für Sicherheit und Verteidigung beim Nationalen Entwicklungsrat (Rada do spraw Bezpieczeństwa i Obronności Narodowej Rady Rozwoju) thematisiert bei einem Treffen Fragen der Logistik und Kommunikation zwischen Polen und der Ukraine im Zusammenhang mit den militärischen Bedarfen der Ukraine im russischen Angriffskrieg sowie mit Blick auf den zukünftigen Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine.
08.02.2023	Der unlängst berufene Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius trifft zu seinem Antrittsbesuch in Warschau ein. Es findet kein öffentlicher Auftritt mit seinem Amtskollegen Mariusz Błaszczak statt. Nach einem Vier-Augen-Gespräch mit ihm lobt Pistorius das ehrliche und offene Gespräch. Mit seinem Besuch wenige Wochen nach seinem Amtsantritt wolle er zeigen, wie wichtig die deutsch-polnischen Beziehungen sind. Beide Länder würden mit Blick auf die Sicherung der NATO-Ostflanke sowie auch eine politische und wirtschaftliche Interessengemeinschaft bilden. Błaszczaks Enttäuschung darüber, dass Deutschland nur 14 Kampfpanzer an die Ukraine liefert, die er in einem Interview des Polnischen Fernsehsenders (TVP) am selben Tag geäußert hat, nehme er gelassen auf, so Pistorius.

08.02.2023	Der Sejm weist die vom Senat eingebrachten Korrekturen an der Gesetzesnovelle zum Obersten Gericht (Sąd Najwyższy – SN) mit 233 Stimmen (207 Gegenstimmen, zwölf Enthaltungen) zurück. Damit wird die Gesetzesnovelle an den Präsidenten zur Unterschrift weitergeleitet. Sie legt fest, dass Disziplinar- und Immunitätsangelegenheiten von Richtern künftig vom Obersten Verwaltungsgericht (Naczelny Sąd Administracyjny – NSA) und nicht wie zurzeit von der Kammer für Berufliche Verantwortung (Izba Odpowiedzialności Zawodowej) des SN behandelt werden. Nach Ansicht der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), die die Novelle eingebracht hat, werden mit der Novelle Bedingungen des Rechtsstaatsmechanismus der Europäischen Union erfüllt, was dazu führen würde, dass die Europäische Kommission bisher eingefrorene Gelder für den »Landesaufbauplan« Polens freigibt.
08.02.2023	In einer Stellungnahme verurteilt das Außenministerium aufs Schärfste das Urteil eines Gerichts in Grodno (Belarus) von acht Jahren Freiheitsentzug für Andrzej Poczobut. Poczobut, der dem Vorstand des Verbands der Polen in Belarus (Związek Polaków na Białorusi) angehört, sei ein Schauprozess gemacht worden, der politisch motiviert sei und auf die polnische Identität ziele. Polen fordert Belarus auf, seinen bilateralen und internationalen Verpflichtungen nachzukommen und seine Aktivitäten gegen die polnische Minderheit in Belarus einzustellen. Weiter fordert Polen die sofortige Freilassung von Poczobut sowie der anderen inhaftierten Angehörigen des Verbands der Polen in Belarus, darunter Andżelika Borys.
09.02.2023	Innenminister Mariusz Kamiński teilt mit, dass der polnisch-belarussische Grenzverkehr am Übergang in Bobrowniki ab dem Folgetage bis auf Weiteres eingestellt wird. Außerdem lässt Kamiński eine Liste von Personen aus dem Umkreis des belarussischen Machthabers Alexander Lukaschenko erstellen, die für Repressionen an Angehörigen der polnischen Minderheit in Belarus verantwortlich sind, um Sanktionen gegen sie verhängen zu können. Hintergrund ist das Urteil eines belarussischen Gerichtes vom Vortag, das Andrzej Poczobut, der dem Vorstand des Verbands der Polen in Belarus (Związek Polaków na Białorusi) angehört, zu acht Jahren Haftstrafe verurteilt hat.
09.02.2023	Landwirtschaftsminister Henryk Kowalczyk kündigt an, dass Bauern, die infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine Verluste beim Weizen- oder Maisverkauf verzeichneten, Entschädigungszahlungen zwischen 150 und 250 Zloty pro Tonne beantragen können. Das Verfahren muss noch von der Europäischen Kommission genehmigt werden.
10.02.2023	Präsident Andrzej Duda teilt mit, dass er die in dieser Woche vom Sejm verabschiedete Gesetzesnovelle zum Obersten Gericht (Sąd Najwyższy – SN) nicht unterzeichnet, sondern »präventiv« zur Überprüfung an das Verfassungstribunal (Trybunał Konstytucyjny – TK) weitergeleitet hat. Nach Meinung der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) wird das Inkrafttreten des Gesetzes der notwendige Meilenstein sein, um die von der Europäischen Kommission auf der Basis des Rechtsstaatsmechanismus eingefrorenen finanziellen Mittel für den polnischen »Landesaufbauplan« freizusetzen.
13.02.2023	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) leitet der polnischen Regierung acht Klagen zu, die polnische Richter beim EGMR eingereicht haben. Die Regierung muss dazu bis zum 29. März 2023 Stellung nehmen. Die Klagen beziehen sich darauf, dass Präsident Andrzej Duda elf Richtern, die noch vor der Reform des Landesjustizrates (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS) bestimmt worden waren, die Ernennung verweigert hat. Diese waren vom KRS gewählt worden, wohingegen die Richter nach der KRS-Reform vom Sejm gewählt werden. Dies wird von Teilen der Fachwelt und der politischen Opposition kritisiert.
13.02.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki wird in Stockholm vom schwedischen Regierungschef Ulf Kristersson empfangen. Morawiecki sagt, Polen bemühe sich, seine guten Kontakte zur Türkei zu nutzen, um diese zur Ratifizierung des NATO-Beitritts von Schweden zu bewegen. Die Türkei verhält sich zurzeit ablehnend, da sie Schweden vorwirft, Kräfte zu unterstützen, die der türkischen Regierung gegenüber feindlich eingestellt sind.
14.02.2023	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak nimmt am Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe in Brüssel teil. In einem Pressebriefing weist er darauf hin, dass ukrainische Soldaten zurzeit in Polen für die Bedienung von Leopard-Kampfpanzer geschult werden, was Mitte März abgeschlossen sein soll. Mit Deutschland sei vereinbart worden, dass Polen die Lieferung von Kampfpanzern des Typs Leopard 2A4 von verschiedenen NATO-Partnern an die Ukraine koordiniert, Deutschland von Leopards des Typs 2A6. Gefragt nach der Diskussion um die Lieferung von Kampfflugzeugen der NATO an die Ukraine sagt Błaszczak, Polen verfüge nur über 48 F-16 Kampfflieger, aber andere NATO-Partner hätten ein größeres Potential, auf diese müsse Druck ausgeübt werden, um positive Entscheidungen herbeizuführen.

15.02.2023	Am Rande des Treffens der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel trifft sich Präsident Andrzej Duda mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss betont Stoltenberg, Russland dürfe den Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht gewinnen; die NATO-Partner müssen der Ukraine Waffen und Munition zur Verteidigung liefern. Polen spiele mit seiner beträchtlichen militärischen, humanitären und wirtschaftlichen Unterstützung eine führende Rolle bei der Hilfe für die Ukraine. Er unterstreicht, dass die NATO das Territorium Polens sowie aller anderen NATO-Partner entschieden verteidigen werde. Duda sagt, Polen erwarte von der NATO neue Sicherheitspläne für den östlichen Teil des Bündnisses. So sollten an der östlichen Flanke möglichst viele Waffenmagazine errichtet werden. Zu den Lieferungen von Kampfpanzern der NATO-Partner an die Ukraine sagt Duda, zurzeit würden Großbritannien, Kanada, Deutschland und Polen solche liefern. Das Ziel sei es, mindestens eine Panzerbrigade zusammenzustellen.
15.02.2023	Die Europäische Kommission reicht beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) Klage gegen Polen ein. Grund dafür sind Urteile des polnischen Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny – TK) vom Juli und Oktober 2022. Damals hatte es das TK als verfassungswidrig bestimmt, dass Polen vom EuGH verhängte Geldstrafen zahlen muss, wenn sie sich auf das polnische Gerichtswesen und sein Funktionieren beziehen. Außerdem hatte das TK den Vorrang der polnischen Verfassung vor EU-Recht festgestellt. Polen stellt damit die Autonomie, den Vorrang und die einheitliche Anwendung des Unionsrechts sowie die verbindliche Wirkung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs infrage.
17.02.2023	Staatssekretär Arkadiusz Mularczyk, Regierungsbeauftragter für Entschädigungsforderungen Polens an Deutschland in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg, beendet seinen viertägigen Besuch in der Schweiz, Griechenland und Italien. Mit seinen Amtskollegen thematisierte er u. a. die Frage von Entschädigungsleistungen für Kriegsschäden des Zweiten Weltkriegs. Hintergrund ist, dass sich Polen seit längerer Zeit bemüht, von Deutschland solche Entschädigungen zu erhalten. Die deutsche Seite sieht das Thema als bereits endgültig geklärt und abgeschlossen an.
18.02.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Präsident Andrzej Duda nehmen an der 59. Münchner Sicherheitskonferenz teil, die sich vorrangig mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine beschäftigt. Auf einer Pressekonferenz sagt Morawiecki, das Jahr des russischen Krieges habe zum Verständnis der wahren Natur Russlands geführt, der »barbarischen, kolonialen, imperialen Natur des russischen <i>mir</i> [Russisch: Welt, Frieden], der nach Unterwerfung der Nachbarländer strebt und nicht mit seiner Umgebung friedlich und ruhig leben will«. Es sei die Rolle Polens und der Staaten Mitteleuropas, andere Staaten darüber aufzuklären. Dies finde bereits erfolgreich statt. Für die Sicherung eines dauerhaften Friedens in Europa müsse die Ukraine in die Europäische Union und die NATO aufgenommen werden. Weiter sagt Morawiecki, er habe mit Bundeskanzler Olaf Scholz darüber gesprochen, in Polen einen Angelpunkt für die Modernisierung und Reparatur von Panzern für die Ukraine einzurichten.
20.02.2023	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) stieg die Industrieproduktion im Januar 2023 um 2,6 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Im Vergleich zu Dezember 2022 fiel sie um 2,5 %.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2023 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>